

Germany-Offenbach: Architectural, construction, engineering and inspection services

OJ S 29/2017 10/02/2017

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Magistrat der Stadt Offenbach am Main, Stadtplanung, Verkehrs- und Baumanagement

Postal address: Berliner Straße 60

Town: Offenbach

NUTS code: DE713 Offenbach am Main, Kreisfreie Stadt

Postal code: 63065

Country: Germany

Contact person: Hochbaumanagement

E-mail: dirk.platzbecker@offenbach.de

Telephone: +49 698065-2606

Fax: +49 698065-2024

Internet address(es):

Main address: <http://www.offenbach.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: https://www.had.de/onlinesuche_freeeu.html?SHOWPUB=1473-449

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted to the following address:

Official name: Magistrat der Stadt Offenbach am Main, Stadtplanung, Verkehrs- und Baumanagement

Postal address: Berliner Straße 60

Town: Offenbach

Postal code: 63065

Country: Germany

Telephone: +49 698065-2352/ +49 698065-3474/ +49 698065-2528

E-mail: vergabestelle60@offenbach.de

Fax: +49 698065-2024

NUTS code: DE713 Offenbach am Main, Kreisfreie Stadt

Internet address(es):

Main address: <http://www.offenbach.de>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Fachplanungsleistungen: Technische Gebäudeausrüstung nach HOAI, Abschnitt 2 Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 4, 5 und 6 mit Variantenuntersuchung für Sanierung u. Erweiterung Edith-Stein-Schule.
Reference number: VOF 02-2017

II.1.2. Main CPV code

71000000 Architectural, construction, engineering and inspection services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Zu erbringen ist nach HOAI 2013, Teil 4 Fachplanung, Abschnitt 2 Technische Ausrüstung für die Erweiterung und Sanierung einer Gesamtschule in 63069 Offenbach: Leistungen der Fachplanung Technische Ausrüstung für die LP 1-9 nach § 51 HOAI 2013 sowie Variantenuntersuchung nach ggfs. unterschiedlichen Lösungsmöglichkeiten innerhalb der Leistungsphasen 1+2; für die Anlagengruppen 4. Starkstromanlagen, 5. Fernmelde- und informationstechnische Anlagen und 6. Förderanlagen.

Die Bekanntmachung dieses Planungsauftrages bezieht sich auf das zu projektierende Bauvorhaben der Sanierung und Erweiterung einer Gesamtschule mit Ganztagsangebot in Offenbach. Bestandteile der Maßnahmen werden die Realisierung des Flächenerweiterungsbedarfs, die bauliche und haustechnische Vollsanierung sowie die Planung der ggfs. notwendigen Interimsunterbringung aufgrund einer separat zu vergebenden flächendeckenden Sanierung von Spritzasbestrückständen.

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 185 905,00 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71322000 Engineering design services for the construction of civil engineering works

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE713 Offenbach am Main, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Gravenbruchweg 27, 63069 Offenbach am Main.

II.2.4. Description of the procurement

Leistungen nach HOAI 2013, Teil 4 Fachplanung, Abschnitt 2 Technische Ausrüstung für die Erweiterung und Sanierung einer Gesamtschule in 63069 Offenbach: Leistungen der Fachplanung Technische Ausrüstung für die LP 1-9 nach § 51 HOAI 2013 sowie Variantenuntersuchung nach ggfs. unterschiedlichen Lösungsmöglichkeiten innerhalb der Leistungsphasen 1+2; für die Anlagengruppen Anlagengruppen 4. Starkstromanlagen, 5. Fernmelde- und informationstechnische Anlagen und 6. Förderanlagen.

Der Planungsauftrag bezieht sich auf die Sanierung und Erweiterung der Edith-Stein-Schule in Offenbach (integrierte Gesamtschule mit Ganztagsangebot in der 780 Schüler und Schülerinnen unterrichtet werden).

Das Gebäudeensemble der Edith-Stein-Schule verfügt über ca. 12 900 m² BGF und besteht aus dem dreigeschossigen Hauptgebäude von 1978, der 3-Feldsporthalle und dem eingeschossigen Hausmeisterhaus (beide von 1980).

Das dreigeschossige Hauptgebäude ist teilunterkellert und hat ein Flachdach. Es besteht aus Stahlbeton und ist außen mit einer Vorsatzschale aus Klinker versehen. Die Turnhalle ist ebenfalls als Stahlbetonskelettkonstruktion ausgeführt. Im unteren Fassadenbereich wurde auch hier eine Klinkervorsatzschale realisiert. Die restliche Fassade besteht aus Sichtbetonelementen. Die Turnhalle hat ein flach geneigtes Satteldach. Das gemauerte Hausmeisterhaus ist eingeschossig und hat analog zum Ensemble ebenfalls ein Flachdach und eine Klinkerfassade.

Dieses Beschaffungsverfahren umfasst die notwendigen Fachplanungsleistungen der technischen Gebäudeausrüstung für die Planungsbereiche (Anlagengruppen 1, 2, 3 + 8):

a. Erweiterungsbedarf zur Sicherstellung der Ganztagesfähigkeit. Hierfür ist durch die Objektplaner ein Konzept zu entwickeln das hinsichtlich der technischen Gebäudeausrüstung fachlich zu begleiten ist.

b. bauliche und haustechnische Vollsaniierung (altersbedingte Schäden sowie energetische Optimierung) einschließlich Sanierung von Schadstoffen, die sich ohne die Erfordernis einer Schwarz-Weiß-Trennung beseitigen lassen.

c. Fachplanungsleistung technischen Gebäudeausrüstung für ggfs. notwendige Interimsunterbringung. Wegen nachfolgend beschriebener Asbestsanierung in Schwarz-Weiß-Trennung (deren Planung und Überwachung nicht durch den AN zu erbringen ist), wird u. U. eine teilweise oder vollständige Auslagerung der Schule notwendig. Sofern sich die Schwarzsanierung nicht in den Sommerferien beginnen und abschließen lässt)

Über diese unter a., b. und c. beschriebenen Bauaufgaben hinaus ist am Bestand flächendeckend eine umfängliche Sanierung von Spritzasbestrückständen unter den hierfür notwendigen Sicherungsmaßnahmen durchzuführen (d. h. belasteter Schwarz-Bereich und unbelasteter Weiß-Bereich müssen über eine Schwarz-Weiß-Trennung verfügen). Die Planungs- und Bauüberwachungsleistungen für die Maßnahmen aus der Schadstoffsanierung - nur für den Asbest- sind nicht Bestandteil dieses Beschaffungsverfahrens. Sie werden in einem eigenständigen nationalen Beschaffungsverfahren für Dienstleistungen an ein spezialisiertes Fachbüro vergeben (Verfahren ist noch nicht eingeleitet). Der Auftraggeber erwartet eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Objektplaner, dem Fachplaner dieses Verfahrens sowie dem zukünftig eingeschalteten Fachbüro der Asbestsanierung, da die Einzelmaßnahmen aus Schadstoff- und Bestandsanierung und ggfs. auch Um- und Erweiterungsmaßnahmen voraussichtlich verzahnt erfolgen.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Projektorganisation mit Darstellung der projektspezifischen Kapazitäten / Weighting: 20 P

Quality criterion - Name: Zusammenarbeit/Abstimmung mit dem Auftraggeber und anderen Projektbeteiligten, Fachplanern / Weighting: 20 P

Quality criterion - Name: Darstellung der Bauleitertätigkeiten, Bauüberwachung/ Anwesenheit vor Ort während der Projektausführung / Weighting: 20 P

Quality criterion - Name: Maßnahmen zur Gewährleistung der Qualitätssicherung / Weighting: 30 P

Quality criterion - Name: Maßnahmen zur Gewährleistung der Kostensicherheit / Weighting: 30 P

Quality criterion - Name: Maßnahmen zur Gewährleistung von Termine und Fristen / Weighting : 30 P

Quality criterion - Name: Lösungsansatz für die Projektaufgabe / Weighting: 45 P
Cost criterion - Name: Grundhonorar einschließlich Nebenkosten und Besonderen Leistungen (netto) / Weighting: 45 P
Cost criterion - Name: Stundensätze / Weighting: 15 P

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 185 905,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/09/2017 End: 31/12/2021

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 5 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Auswahl der Bewerber erfolgt ausschließlich anhand folgender Kriterien unter Maßgabe der zum Nachweis der Eignung diesbezüglich geforderten Angaben, Erklärungen und Unterlagen. Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punktzahl für die Auswahl maßgebend. Die Bewertung erfolgt nach folgender Aufstellung (maximale Punktzahl /Wertung/gewichtete Punktzahl).

1. (Ober-)Kriterium wirtschaftliche Leistungsfähigkeit:

Bewertet wird der Durchschnitt der Umsatzzahlen für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2013-2015). Bei Bewerbergemeinschaften werden die Umsatzzahlen aller Mitglieder addiert.

Durchschnittlicher Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre $\geq 1\,000\,000$ EUR/Jahr = 20 Punkte;

Durchschnittlicher Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre $\geq 750\,000$ EUR/Jahr = 10 Punkte;

Durchschnittlicher Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre $\geq 500\,000$ EUR/Jahr = 5 Punkte;

Durchschnittlicher Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre $< 500\,000$ EUR/Jahr = 0 Punkte.

2. (Ober-)Kriterium Fachliche Eignung:

a) Jährliches Mittel der festangestellten und mit vergleichbaren Leistungen betrauten Ingenieure/Architekten der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

≥ 5 Personen = 5 Punkte; < 5 Personen = 0 Punkte.

Aus Referenzen sind maximal 60 Punkte erreichbar. Hierfür ist allein die erreichte Punktzahl pro Referenz maßgeblich, da lediglich der Durchschnittswert aller wertbaren Referenzen in die Gesamtpunktzahl einfließt. Mit mehr als 3 Referenzen können keine zusätzlichen Punkte erreicht werden. Bei der Einreichung der Referenzen ist daher vorrangig auf die Erreichung aller Punkte pro Referenz abzu zielen, umgekehrt können Referenzen mit niedriger Punktzahl den Durchschnitt aller Referenzen senken und damit die Gesamtpunktzahl verringern.

b1) Objektart: Angabe der Objektart(en), d. h. ob Schule, Lehrereinrichtung oder Büro-/ Verwaltungsgebäude, sonstige.

Schule: liegt vor = 10 Punkte; Lehrereinrichtung = 5 Punkte, Büro-/ Verwaltungsgebäude = 3 Punkte; Sonstige Nutzungen oder fehlende Angaben = 0 Punkte.

b2) Projektgröße der vergleichbaren Referenzprojekte (maximal 10 Punkte pro Referenzprojekt $\geq 3\,000$ m² BGF).

Bei Projekten die kleiner sind als 3 000 m² BGF verringert sich die Punktzahl wie folgt: $\geq 3\,000$ m² = 10 Punkte; $\geq 2\,000$ m² = 5 Punkte; $\geq 1\,500$ m² = 2 Punkte; $< 1\,500$ m² = wird nicht gewertet.

b3) Projektumfang der vergleichbaren Referenzprojekte des Bewerberbüros (maximal 10 Punkte pro Referenzprojekt) $\geq 2\,000\,000$ EUR (netto) für die Kosten der Kostengruppe 300 + 400 nach DIN 276-1 oder gleichwertige landesspezifische Kostengruppen), Bei Projekten die kleiner sind als 2 000 000 EUR (netto), verringert sich die Punktzahl wie folgt: $\geq 2\,000\,000$

EUR = 10 Punkte; $\geq 1\,700\,000$ EUR = 8 Punkte; $\geq 1\,400\,000$ EUR = 6 Punkte; $\geq 1\,100\,000$ EUR = 4 Punkte; $\geq 800\,000$ EUR = 2 Punkte; $< 800\,000$ EUR = wird nicht gewertet.

b4) Öffentlicher Auftraggeber i. S. d. § 9 8 GWB oder bezüglich der Anwendung des Vergaberechts vergleichbarer Art (VOB/A im Anwendungsbereich des EU-Vergaberechts); maximal 10 Punkte pro Referenzprojekt.

Liegt vor = 10 Punkte, Liegt nicht vor = 0 Punkte.

b5) Projektart: Bestandssanierung, hier anteilige m²: Nachweis vergleichbarer Bestandssanierungsprojekte (maximal 10 Punkte pro Referenzprojekt).

Bestandssanierung liegt vor $\geq 1\,000$ m² = 10 Punkte, ≥ 500 m² = 5 Punkte, ≥ 200 m² = 3 Punkte, < 200 m² = 0 Punkte.

b6) Energetische Standard: Nachweis dass bei den Referenzobjekten der Primärenergiebedarf max. 150 kWh/(m²a) beträgt. (maximal 10 Punkte pro Referenzprojekt). max. 150 kWh/(m²a) liegt vor = 10 Punkte, Liegt nicht vor = 0 Punkte
Maximal sind 85 Punkte erreichbar. Bei Gleichstand entscheidet das Los.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Auftragsstufen sind:

Stufe I: LP 1 (100 %), LP 2 (100 %);

Stufe II: LP 3 (100 %), LP 5 (50 %), LP 6 (50 %);

Stufe III: LP 4, LP 5 (50 %), LP 6 (50 %), LP 7 – LP 9 (100 %).

Die Auftragsstufe III wird von der mittelbar im städtischen Eigentum befindlichen OPG Offenbacher Projektentwicklungsgesellschaft mbH beauftragt.

Die OPG mbH ist eine 100 %-ige Unternehmenstochter der SOH GmbH, die zu 100 % im Eigentum der Stadt Offenbach steht. Die Stadt Offenbach hat mit der OPG einen Rahmenvertrag über die Betreuung von Baumaßnahmen in und an öffentlich genutzten Gebäuden der Stadt abgeschlossen. Danach werden sämtliche nach Projektbeschluss noch erforderlichen Planungs- und Beratungsleistungen treuhänderisch an die OPG vergeben, welche diese Leistungen in der Regel an die bereits befassten Büros mit den noch zu erbringenden Leistungsphasen nach HOAI beauftragt.

Der Auftragnehmer ist auf Dauer von 3 Jahren zur Annahme der Beauftragung der Auftragsstufe III auf der Grundlage seines Vertrages verpflichtet, sobald der Auftraggeber dies schriftlich verlangt. Die Frist beginnt mit der Abnahme der jeweils letzten Auftragsstufe. Einen Rechtsanspruch auf Beauftragung der Auftragsstufe III hat der Auftragnehmer nicht.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Eintragung in ein Berufs-, Handels-, oder GewerbeRegister.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Geforderte Erklärungen sind von einem bevollmächtigten Vertreter stellvertretend für alle Mitglieder abzugeben.

Folgende aktuelle Nachweise/Erklärungen sind zwingend gefordert:

- Eigenerklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 123 (1) GWB vorliegt.
- Eigenerklärung, dass kein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 (1) GWB vorliegt, da diesbezüglich unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.
- Auf gesonderte Anforderung ist vom Bewerber/von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft ein Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister, sofern der Bewerber/das Mitglied nach den Vorschriften des Herkunftslandes eintragungspflichtig ist, vorzulegen.

Folgende aktuelle Nachweise/Erklärungen sind zwingend gefordert; bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft:

1. Nachweis über eine Haftpflichtversicherung mit Deckungssummen von 2 000 000 EUR für Personenschäden und 1 000 000 EUR für Sach- und Vermögensschäden, die jeweils zweifach pro Jahr zur Verfügung stehen müssen, und für die gesamte Dauer des Vertrages aufrechtzuerhalten sind.
2. Eine Erklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags; für die letzten 3 Geschäftsjahre (2013, 2014, 2015) muss vorgelegt werden.
3. Eigenerklärung, dass der Bewerber im Auftragsfall die Versicherung gemäß III.1.1 mit den dort genannten Deckungssummen für die gesamte Vertragslaufzeit zur Verfügung stellt. Im Fall einer Bewerbergemeinschaft muss darüber hinaus erklärt werden, dass die Versicherung im Auftragsfall für jedes Mitglied nachgewiesen und für die Dauer der Vertragslaufzeit aufrechterhalten wird.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Geforderte Eignungsnachweise (gem. §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise (u. a. HPQR) vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

A. 1. Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten 6 abgeschlossenen Geschäftsjahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen. Siehe Vorgaben zu den Referenzprojekten unter B.

2. Angabe der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen,
3. Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung,
4. Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten 3 Jahren ersichtlich ist,
5. Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt.

B. Es müssen Referenzen mit vergleichbarer Aufgabenstellung angegeben werden. Als vergleichbare Aufgabenstellung gelten Neubauten, Erweiterungsneubauten, und Bestandssanierung. Es werden alle eingereichten Referenzen bewertet, der erzielte Durchschnittswert der wertbaren Referenzen fließt in die Bewertung ein. Aus Sicht des Auftraggebers sind 3 Referenzen ausreichend. Hierfür ist der Nachweis von Projekten (als Fertigstellung gilt die erfolgte Inbetriebnahme) in der Größenordnung wie im folgenden Absatz angegeben und vergleichbarer Aufgabenstellung (Neubauten, Erweiterungsneubauten, Bestandssanierungen) zu erbringen. Der Bewerber muss die Referenzleistungen jeweils als verantwortliches Büro erbracht haben. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist es ausreichend, wenn eines der Mitglieder die Referenzleistung hauptverantwortlich erbracht hat. Hat ein Drittunternehmen die Referenzleistung hauptverantwortlich erbracht, so sind diese als Nachunternehmerleistungen zu benennen.

Folgende Angaben sind mindestens zu machen:

Referenz-/Kurzbeschreibung – Unternehmen, das die Leistung hauptverantwortlich erbracht hat – Auftraggeber, Ansprechpartner beim Auftraggeber mit Telefonnummer (Mindestbedingung, ansonsten wird die Referenz nicht gewertet)

a- Angabe der Objektart(en), d. h. ob Schule, Lehrereinrichtung oder Büro-/Verwaltungsgebäude.

b- Angabe der Projektart(en), d. h. mit kurzer Erläuterung der Aufgabenstellung (Neu- und/oder Erweiterungsbauten, Vollsanierung oder Teilsanierung der technischen Gebäudeausrüstung), jeweils im Hochbau, jedoch ohne Lagerhallen, Werkstattgebäude, etc. (Mindestbedingung, ansonsten wird die Referenz nicht gewertet).

c- Projektumfang in Netto-Baukosten mind. 500 000 EUR Euro für KG 300+400 in EUR (netto), (Mindestbedingung, ansonsten wird die Referenz nicht gewertet).

d- Projektgröße in qm BGF, mindestens 1.500 m² BGF (Mindestbedingung)

e- Beauftragte Leistungsphasen gemäß § 73 HOAI 2002 oder § 53 HOAI 2009 i. V. m. Anlage 14 oder § 55 HOAI 2013, je Anlagengruppen gem. § 68 HOAI 2002 oder § 51 HOAI 2009 oder § 53 HOAI 2013; (als Mindestbedingung müssen pro Referenz 2 Anlagengruppen der 4 Anlagengruppen mit den Leistungsphasen 2+3 sowie 5-8 (d. h. mit allen Einzelleistungen) beauftragt worden sein, ansonsten wird die Referenz nicht gewertet)

f- handelt es sich um einen öffentlichen Auftraggeber i. S. d. § 98 GWB oder bezüglich der Anwendung des Vergaberechts vergleichbarer Art (VOB/A im Anwendungsbereich des EU-Vergaberechts)

g- Zeitpunkt der Fertigstellung: als Fertigstellung gilt die erfolgte Inbetriebnahme; der nicht vor 2010 liegen darf (Mindestbedingung, ansonsten wird die Referenz nicht gewertet)

h- energetischer Standard, Primärenergiebedarf max. 150 kWh/(m²a)

(Fehlende Angaben oder ein Primärenergiebedarf >150 kWh/(m²a) werden mit 0 Punkten bewertet)

— Anteil der an Nachunternehmer weiterbeauftragten Leistungsphasen gemäß vorgenannter HOAI Leistungsteile

Die Bewertungsmatrix der Stufe I des Verhandlungsverfahrens ist zum Download beigelegt.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Natürliche Personen, die gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ und/oder „Ingenieur“ und/oder „Beratender Ingenieur“ und /oder „M.Sc“ und/oder „Master Architecture“ oder vergleichbar (dies gilt für den/die Projektleiter (in)) oder Bachelor (dies gilt für den/die Bauleiter(in)) berechtigt sind. Ist in den jeweiligen Heimatstaaten die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die Anforderungen als Ingenieur, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweisen verfügt, dessen Anerkennung nach der EG-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG, zuletzt geändert durch Richtlinie 2013/55/EU gewährleistet ist bzw. nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (Bundesgesetzblatt 2011, Teil I Nr. 63) berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt oder Ingenieur tätig zu werden.

Juristische Personen werden zugelassen, wenn die Durchführung der Aufgabe durch einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß dem vorstehenden Absatz erfolgt.

Bei Bewerbungsgemeinschaften muss mindestens ein Mitglied die Anforderungen erfüllen, die an natürliche oder juristische Personen gestellt werden.

III.2.2. Contract performance conditions

Der Auftragnehmer hat für den gesamten Leistungszeitraum einen qualifizierten Projektleiter(in) (und für die Leistungsphase 8 eine(n) qualifizierte(n) Bauleiter(in)) zu benennen welcher gegenüber Auftraggeber und den sonstigen Planungsbeteiligten eigenverantwortlich als Ansprechpartner(in) zur Verfügung steht.

Die örtliche Bauüberwachung ist ebenfalls durch den Einsatz einer qualifizierten Person sicherzustellen.

Eine Erklärung nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes ist abzugeben.

Unterbeauftragungen sind nur mit Zustimmung des Bauherrn zulässig.

Eine Erklärung zur Verpflichtung zur Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 19.12.2014, ist abzugeben.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 14/03/2017 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

Date: 29/03/2017

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 07/07/2017

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Die in III.2.1) bis III.2.3) geforderten Erklärungen und Angaben sind unter Verwendung der vorgegebenen Formblätter einzureichen. Diese werden mit dieser Bekanntmachung per Download zur Verfügung gestellt oder können bei der unter I.3) angegebenen Stelle abgerufen werden. Zur Abgabe des Teilnahmeantrages ist ein Papierexemplar der Formblätter in deutscher Sprache auszufüllen und im Original zu unterzeichnen und einschl. der zusätzlich geforderten Nachweise in einem verschlossenem Umschlag, Aufschrift: „Teilnahmeantrag VOF 02-2017 HAD Ref. 1473/449 Fachplanung TGA AG 4, 5, 6 Gesamtsanierung und Erweiterung Edith-Stein-Schule“ einzureichen. Die Bildung oder Erweiterung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft nach Aufforderung zur Angebotsabgabe ist unzulässig und führt zum zwingenden Ausschluss. Dies gilt unabhängig davon, ob sich die Bietergemeinschaft aus mehreren, jeweils zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bewerbern oder bislang nicht am Vergabeverfahren beteiligten Büros bildet bzw. solche einbezogen werden. Der Bewerber kann sich bei der Erfüllung der Eignungsanforderungen der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). Für die Eignungsleihe sind folgende Vorgaben zu beachten: Die Fähigkeiten, die ein solches Unternehmen zur Verfügung stellt, müssen nicht in der Übernahme von Unteraufträgen bestehen. Das Bereitstellen von Fähigkeiten im Sinne eines Know-How-Transfers ist ausreichend. Soweit der Bewerber zum Nachweis der eigenen Eignung auf andere Unternehmen verweist, müssen diese anderen Unternehmen bereits im Teilnahmeantrag mit Name und Anschrift benannt werden. Außerdem ist bei den Eignungsnachweisen im Einzelnen deutlich zu machen, welche Angaben von diesem anderen Unternehmen stammen. Der Bewerber muss in diesem Fall außerdem nachweisen, dass er auf die Mittel der anderen Unternehmen tatsächlich zugreifen kann. Dieser Nachweis erfolgt durch die Vorlage einer Verpflichtungserklärung der anderen Unternehmen, in welcher diese sich für den Fall der Erteilung des Zuschlags an den betreffenden Bewerber gegenüber diesem unwiderruflich verpflichten, die erforderlichen Mittel während der Auftragsabwicklung zur Verfügung zu stellen. Die Verpflichtungserklärung ist mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Ist beabsichtigt, Teile der Leistung von Nachunternehmern ausführen zu lassen,

müssen die Bewerber in ihrem Teilnahmeantrag, spätestens im Angebot, die Art und den Umfang der von den Nachunternehmern übernommenen Teilleistungen zweifelsfrei angeben. Weiterhin sind in diesem Fall folgende Vorgaben zu beachten: Auf gesonderte Aufforderung des Auftraggebers sind Name und Anschrift sowie die im Schreiben gegebenenfalls genannten Eignungsnachweise für den Nachunternehmer einzureichen. Es wird darauf hingewiesen, dass ein Nachunternehmer für die von ihm zu übernehmenden Teile der Leistung in fachlicher, persönlicher und wirtschaftlicher Hinsicht denselben Eignungsanforderungen zu genügen hat wie der Bieter für jenen Leistungsteil. Erfüllt der Nachunternehmer diese Eignungsanforderungen nicht, kann der Teilnahmeantrag/das Angebot deswegen insgesamt ausgeschlossen werden, auch wenn es schon in der engeren Wahl war. Der Bewerber muss außerdem nachweisen, dass er auf die Mittel der Nachunternehmen tatsächlich zugreifen kann. Dieser Nachweis erfolgt durch die Vorlage einer Verpflichtungserklärung der Nachunternehmen, in welcher diese sich für den Fall der Erteilung des Zuschlags an den betreffenden Bieter gegenüber diesem unwiderruflich verpflichtet, seine Mittel während der Auftragsabwicklung zur Verfügung zu stellen. Die Verpflichtungserklärung ist in diesem Fall (im Gegensatz zum Fall der Eignungsleihe) erst auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen. Der Austausch eines im Teilnahmeantrag für die eigene Eignung benannten Nachunternehmers ist nach Ablauf der Frist für die Abgabe der Teilnahmeantr. nicht zulässig, führt zum zwingenden Ausschluss.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Postal address: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Town: Darmstadt
Postal code: 64283
Country: Germany
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.4.2. Body responsible for mediation procedures

Official name: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Postal address: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Town: Darmstadt
Postal code: 64283
Country: Germany
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:
Ergeht eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen.
Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig. (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Postal address: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2
Town: Darmstadt
Postal code: 64283
Country: Germany
Fax: +49 6151125816 / +49 6151126834

VI.5. Date of dispatch of this notice

07/02/2017